

Am Parlamentarieranlass von *bauenschweiz* über aktuelle Themen debattiert

Sind Verkehrsfinanzierung und CO₂-Problematik auf dem Weg zu einer Lösung?

Einen Zehngänger in Form von kurzen Interventionen zu den Themen Infrastruktur-Finanzierung und CO₂-Reduktion bot *bauenschweiz* anlässlich des kürzlich durchgeführten Parlamentarieranlasses. Dabei wurden durch eine ausgewogene Betrachtungsweise von fünf Bundespolitikern sowie fünf Spitzenvertretern aus dem Uvek und von Verbänden die Schwerpunkte angetippt.

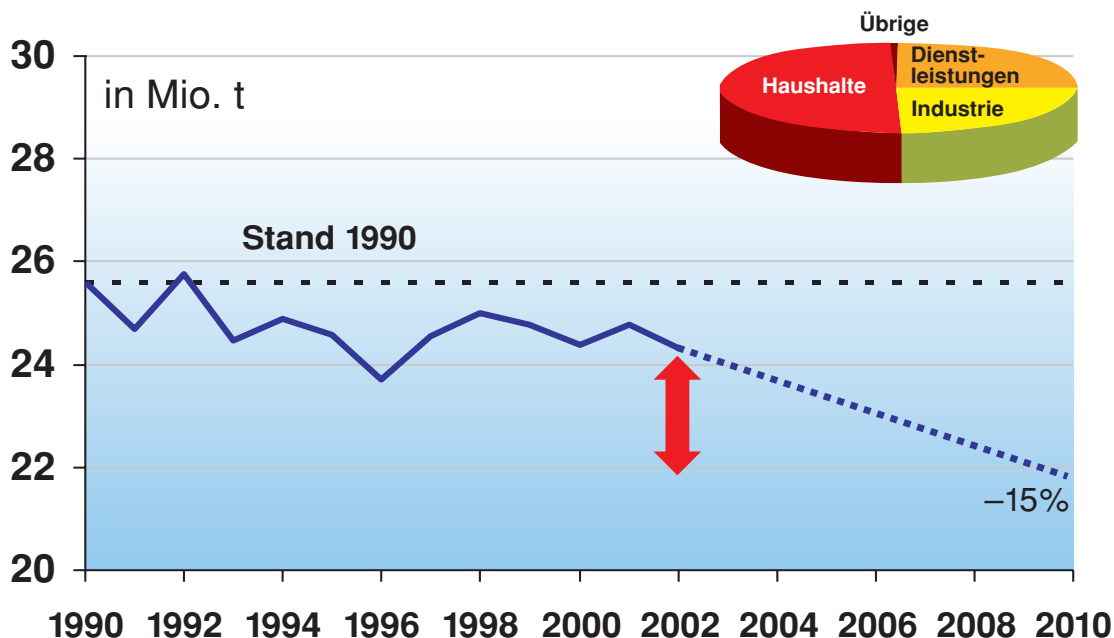
Als Präsident von *bauenschweiz* konnte Nationalrat Robert Keller eine erfreulich grosse Zahl von Parlamentariern, Vertretern von Bundesbehörden und den Spitzenverbänden der Bauwirtschaft zu diesem Mix von Meinungen und kulinarischen Genüssen begrüßen. In der an diesem Abend zu Gebote stehenden Kürze entsprechend

striefe er die Bedeutung der Dachorganisation *bauenschweiz* und wies auf den von der gesamten Bauwirtschaft generierten BIP-Anteil in der Grössenordnung von 45 Milliarden Franken hin.

Zum Themenkreis Entlastungsprogramm – Infrastrukturfonds – Dringlichkeitsfonds sieht Präsident Keller die Sicherstellung der drin-

gend erforderlichen Investitionen als notwendig an. Dies umso mehr, als die öffentliche Infrastruktur eine wachstumssteigernde Wirkung hat. Bezüglich des Entlastungsprogramms 04 verwies er auf die Wichtigkeit der erzeugten Rentabilität. «Unser Strassennetz muss ausgebaut und unterhalten werden», rief Keller in Erinnerung und meinte weiter:

CO₂-Emissionen im Brennstoffbereich



Quelle: BUWAL, 2003 (Emissionen gemäss CO₂-Gesetz, klimakorrigiert)

Zur Reduktion des CO₂-Ausstosses standen drei Varianten mit einer CO₂-Abgabe sowie ein Klimarappen zur Diskussion. Nach abgeschlossener Vernehmlassung hat der Bundesrat im März entschieden, dem Parlament eine Abgabe auf Brennstoffen vorzulegen und dem Klimarappen eine Chance zu geben. Die Botschaft an die Eidgenössischen Räte mit den Details zur praktischen Umsetzung dürfte nächstens zu erwarten sein.

«Es ist einfach zu sparen, dort, wo es keine Gesetze hat – also bei den Investitionen. Doch hat das Credo, Staatskonsum senken – Investitionen halten oder fördern, immer noch Gültigkeit.» Mit Kürzungen im Bereich der Substanzerhaltung oder des Unterhalts ist nicht gespart.

«Unsere Verkehrsinfrastrukturen sind die Venen und Adern, durch die das Blut der Wirtschaft fliesst.»

Entlastungsprogramm – Infrastrukturfonds – Dringlichkeitsfonds

«Der Infrastrukturfonds, der sich gegenwärtig in der Vernehmlassung befindet, ist eine absolute Dringlichkeit, die wir brauchen», betonte Nationalrat Otto Laubacher als erster Votant. Er erinnerte an die gescheiterte Avanti-Initiative, als deren Folge jetzt der Infrastrukturfonds in der Vernehmlassung steht. Zielsetzungen sind einmal die Stärkung des Agglomerations- und des Nationalstrassenverkehrs, aber auch die Finanzierungsregelung für den Infrastruktur- und den mit dieser Vorlage zusätzlich vorgeschlagenen «Dringlichkeitsfonds». Der Referent brachte einmal mehr die Zahl von 3,7 Mrd. Fr. ins Gespräch, welche im Prinzip als Spezialfinanzierung für Strassenprojekte vorhanden sein sollten. Vom Dringlichkeitsfonds, der mit 2,2 Mrd. Fr. alimentiert werden müsste, sind 235 Mio. Fr. für wirklich dringende Projekte des Nationalstrassennetzes vorgesehen. Die Verkehrskommission des Nationalrats hat diesem Dringlichkeitsfonds gegenüber einem Agglomerationsfonds den Vorzug gegeben und sich schliesslich auf einen Infrastrukturfonds geeinigt. Doch hat das Uvek jetzt eine Vernehmlassung aufgegleist, die neben dem Infrastrukturfonds im engeren Sinn auch einen so genannten Dringlichkeitsfonds vorschlägt. Zielrichtung muss es gemäss Nationalrat Laubacher sein, dass man rasch eine Lösung findet, sich auf einen Fonds einigt und dass dieser schnell eingesetzt wird.



**Nationalrat
Otto Laubacher**

An vorderster Stelle und in verschiedensten Funktionen in Verkehrsfragen engagiert sich Ständerat Thomas Pfisterer. Er brachte seinen Stand der Dinge mit einem wie gewohnt rhetorischen Feuerwerk auf den Punkt. Bezüglich des Infrastrukturfonds

anerkannte er die Bemühungen des Parlaments um einen Konsens. Bemängelt wurde aber vom Referenten, dass dieser Konsens keine umfassende, ausgewogene Lösung darstellt, dass die finanziellen Mittel nicht optimal eingesetzt werden, dass eine Gesamtbauvorlage fehlt und dass er auch politisch unvernünftig ist. Pfisterer plädierte als Alternative dafür, sich auf den Boden des Infrastrukturfonds zu stellen. Eine Gesamtidee könnte sein, die Netzdefizite in den Agglomerationen zu beheben. «Der Infrastrukturfonds liegt auf dem Tisch, und es gilt, sich dafür zu entscheiden und jetzt zuzugreifen», rief Ständerat Pfisterer aus.



**Ständerat
Thomas Pfisterer**

Aus Sicht der Unternehmer- und Verkehrsverbände

Den Investitionsfonds für die Infrastrukturen des privaten Strassenverkehrs beleuchtete Hans Koller, Generalsekretär des Schweizerischen Strassenverkehrsverbandes (FRS). Er unterstrich die seit langem dazu bestehende Forderung und die Bereitschaft zur Mitfinanzierung der Infrastrukturen im Agglomerationsverkehr. Aus Sicht des FRS müssen dafür jedoch drei Voraussetzungen erfüllt sein. Dazu nannte Koller die betragsmässige Bezifferung, die Zweckbindung und die Ausgewogenheit. Er stellte in Frage, ob der Ausbau der S-Bahn-Netze in Zürich und Genf als reine Eisenbahnprojekte zur unmittelbaren Entlastung der Strassen führt.

Nach Meinung des Strassenverkehrsverbandes erfüllt der Dringlichkeitsfonds die gestellten Anforderungen nur ungenügend, nicht zuletzt, weil offenbar zurzeit mehrheitlich nur ÖV-Projekte baureif vorliegen. Der FRS verlangt daher, dass auf den Dringlichkeitsfonds verzichtet und stattdessen direkt der Infrastrukturfonds verwirklicht wird.

«Die Verkehrsverbände erwarten Nachbesserungen, damit eine strassenseitige Finanzierung von Agglomerationsprojekten möglich wird.»

Kürzungen im Bereich Strasse im Rahmen des Entlastungsprogramms 04 werden von der Bauwirtschaft abgelehnt, wie der Unternehmer Max Rüttimann aus Sicht des Schweizer Baumeisterverbandes, der Vestra und der Infrastruktur Strasse ausführte.

Diese Organisationen appellieren an die Politiker, angesichts des sanierungsbedürftigen Zustands von einem Fünftel der Kantonsstrassen auf Kürzungsmassnahmen zu verzichten. Aufgeschobene Erhaltungsinvestitionen führen zu massiv teureren Unterhaltsaufwendungen zu Lasten kommender Generationen. Der Grundstossrichtung des Bundesrats stimmen die drei Organisationen zu, doch sind aus ihrer Sicht Verbesserungen unabdingbar. Die wichtigste Forderung ist diejenige nach einer Verknüpfung der beiden vorgeschlagenen Fonds (Dringlichkeits- und Infrastrukturfonds) in einem gemeinsamen einzigen Bundesgesetz. Rüttimann sprach sich für die dringliche Umsetzung einer realisierbaren Lösung aus, damit nicht wie bei der Avanti-Initiative ein zweites Waterloo droht.

«Kein Ausspielen von Schiene gegen Strasse, sondern mit den zur Verfügung stehenden Franken möglichst viel erreichen.»

Aus der Perspektive des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation beleuchtete Generalsekretär Dr. Hans Werder die Problemlage und wies auf den guten Zustand der Verkehrsinfrastruktur hin, was ein wichtiger Standortfaktor für eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft bedeutet. Er ist dankbar dafür, dass *bauenschweiz* dieses Thema so prominent behandelt. Da in verschiedenen Verkehrsbereichen Disfunktionen und Engpässe auftreten, ist ein ra-



**Hans Werder
Generalsekretär
Uvek**

sches Handeln notwendig. Weiter wies der Uvek-Generalsekretär auf die verfassungsmässig zweckgebundenen Finanzmittel für den Strassenbau hin, die pro Jahr eine Summe von 2,5 Mrd. Fr. umfassen. Um bezüglich der Infrastruktur etwas erreichen zu können, brauchen wir politische Mehrheiten, doch ist es gemäss Werder unglaublich schwierig, einen Konsens zu finden.

Wie soll es bei der CO₂-Reduktion weitergehen?

«Bezüglich der Reduktionsziele von CO₂ sind wir in der Gebäudetechnik auf Zielkurs, wohingegen beim Verkehr noch ein weiter Weg zurückzulegen ist.» Eine aktuelle Auslegung zu dem vom Bundesrat getroffenen

Entscheid einer CO₂-Abgabe auf Brennstoffen wurde am Parlamentarieranlass von bauschweiz durch Nationalrat Sep Cathomas vorgenommen. Er erinnerte an die im Bundesgesetz von 1999 zur Reduktion des CO₂-Ausstosses definierten Massnahmen einer Verringerung der energiebedingten Emissionen um 10 Prozent gegenüber 1990.



**Nationalrat
Sep Cathomas**

Als Alternative für eine CO₂-Abgabe, um die Senkungswirkung im Verbrauch von fossilen Treib- und Brennstoffen zu erreichen, wurde die Idee eines Klimarappens in die Diskussion gebracht. Nationalrat Cathomas verwies dann auf die bekannten, vom Bundesrat in die Vernehmlassung gegebenen vier Varianten. Diese Optionen des Bundesrates haben eine rege Diskussion um die Wirksamkeit der vorgesehenen Massnahmen ausgelöst. Und dementsprechend sind die Stellungnahmen zur Vernehmlassung sehr kontrovers ausgefallen. Der Referent ging dann auf die vom Bundesrat im März getroffene CO₂-Abgabe auf Brennstoffe ab dem Jahre 2010, andererseits auf den bei den Treibstoffen vorgesehenen Klimarappen ein. Bei den vorgesehenen Einnahmen von 1 bis 2 Rappen pro Liter Treibstoff – was rund 70 Mio. Fr. Einnahmen bedeuten würde – handelt es sich um eine Massnahme der Erdölindustrie, bei der die Politik nicht mitbestimmen kann, wie Cathomas betonte und weiter darauf hinwies, dass der Bundesrat nötigenfalls eine CO₂-Abgabe auch auf Treibstoffen einführen will.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Klimarappens sollen nach Meinung des Bundesrats eher leicht positiv ausfallen, wobei man besonders bezüglich Innovation und technologischem Fortschritt Impulse erwartet. Von den Parteien und politischen Organisationen wird der bundesrätliche Entscheid sehr unterschiedlich beurteilt.

Hauseigentümer gegen eine CO₂-Lenkungsmassnahme

Ein klares Nein für die CO₂-Abgabe einzig zu Lasten der Brennstoffe formulierte Nationalrat Rudolf Steiner als Präsident des Hauseigentümergebändeverbands Schweiz. Untermuert von reichlich Zahlenmaterial legte er dar, dass man bezüglich der CO₂-Reduktion bei den Brennstoffen auf Zielkurs sei. So beträgt der Anteil der Haushalte am Endenergieverbrauch 28 Prozent und bei den Energieträgern entfallen 26 Prozent auf Erdölbrenn-



**Nationalrat
Rudolf Steiner**

stoffe. Bei einer Betrachtung der Entwicklung des Energieverbrauchs aller Erdölprodukte wird klar, dass seit den siebziger Jahren eine klare Abnahme des Brennstoffanteils erzielt werden konnte. Da die anderen Energieträger zugenommen haben, kann es also nicht angehen, dass der Brennstoff einseitig belastet wird. Weiter wies Steiner auf die Ziellücken hin, die bei den Brennstoffen 0,9 Mio. t beträgt, bei den Treibstoffen aber 2,6 Mio. t.

Industrie und Gewerbe haben Hausaufgaben gemacht

Eine gedankliche CO₂-Fitness verlangte Georges Spicher, Direktor der Cemsuisse, den Zuhörern ab und verwies darauf, dass die Industrie diesbezüglich nicht einheitlicher Meinung ist. In seiner Zahlenakrobatik verwies er darauf, dass gemäss CO₂-Gesetz die Reduktionszahl für Emissionen 4,3 Mio. t erreicht. Dazu trägt die Industrie mit 18 Prozent oder 770 000 t bei. Dieses Ziel wird in erster Linie mit freiwilligen Zielvereinbarungen erreicht. Allein cemsuisse und die Energieagentur der Schweizer Wirtschaft (EnAW) sind Reduktionsverpflichtungen von über 1,1 Mio. t eingegangen.

Gesamthaft ergibt das mit Industrie und Gewerbe zusammen 1,35 Mio. t, womit diese ihre Hausaufgaben mehr als gemacht haben.

«Es kann nicht angehen, dass KMU-Betriebe, die ihre Hausaufgaben gemacht haben, durch eine CO₂-Abgabe bestraft werden.»

Als letzter Votant führte Peter Schilliger, Zentralpräsident suissetec, die Sicht der Gebäudetechnik zu einer CO₂-Abgabe ins Feld. Dreissig Jahre Energiepolitik haben gezeigt, dass Konzepte, welche die Freiheit des Einzelnen einschränken wollen, keinen Erfolg gebracht haben. Effizienzsteigernde Massnahmen, welche mit einem Komfort- oder Qualitätswachstum verbunden sind, setzen sich durch. Dank den Erfolgen in der Gebäudetechnik wurde das CO₂-Reduktionsziel aufgeteilt: Brennstoffe müssen gegenüber Treibstoffen einen ungleich höheren Beitrag leisten. Der suissetec-Präsident verwies darauf, dass die Gebäudetechnikbranche in der Lage ist, die Ziellücke von etwas über 2 Mio. t zu decken. Ein Reduktionspotenzial macht er sowohl in der Gebäudehülle als auch in der Anlagentechnik aus. Zusätzliche Chancen bieten energetische Sanierungen des Gebäudebestandes, was bisher noch nicht im grösseren Stil gehandhabt wird. In die laufenden Diskussionen eingebracht werden sollten Anpassungen an die CO₂-Gesetzgebung sowie die Umwälzung von Energieinvestitionen auf die Mieten.

Zum Thema Baugarantien

Für die KMU werden die vom professionellen Auftraggeber immer mehr geforderten Sicherheitsgarantien zu einem Problem. Dabei verlangen Allgemeine Geschäftsbedingungen und Verträge der Bauherren und Architekten zunehmend Erfüllungsgarantien vom Unternehmer. Dieses Problem hat die Gruppe Ausbau und Gebäudehülle von *bausuisse* unter Leitung von Hansjörg Zimmerli aufgegriffen. Die Banken wiederum behandeln solche Garantien gegenüber dem Unternehmer wie Betriebskredite und belasten sein Kontokorrent. Dies hat zur Folge, dass die Liquidität des Unternehmers wesentlich eingeschränkt wird. In der heutigen wirtschaftlichen Situa-

tion stellt das laut *bausuisse*-Präsident Robert Keller ein echtes Problem für die kleineren und mittleren Unternehmungen dar.

Hintergrund für die von professionellen Auftraggebern (öffentlichen und privaten) zunehmend geforderten Erfüllungsgarantien sind die Vergabekriterien, bei denen der Preis alle anderen Kriterien unbedeutend werden lässt. Damit man bei so genannten Unterangeboten nicht zu Schaden kommt, werden Erfüllungsgarantien verlangt. Das zweifelhafteste Angebot lässt man versichern und belastet gleichzeitig jene Unternehmer, die das wirtschaftlich günstigste Angebot unterbreiten, bemängelt dazu der *bausuisse*-Präsident.

Zur Lage der Bauwirtschaft

Aufgehellte Geschäftsaussichten in der Baubranche

Bei einem abgeschwächten gesamtwirtschaftlichen Wachstum zeigt die Baubranche insgesamt eine leicht verstärkte Aktivität. Während sich die Geschäftsaussichten der Bauwirtschaft in den vergangenen eineinhalb Jahren kontinuierlich aufgehellt haben, erlebte das Bauhauptgewerbe im ersten Quartal 2005 eine Delle in der Bautätigkeit. In den nächsten Monaten dürfte sich die Konjunktur kaum noch weiter abschwächen, und in der Bauwirtschaft kann sogar mit einer leicht verstärkten Belegung gerechnet werden.

Nachdem sich die Bauinvestitionen im vergangenen Jahr deutlich erhöht haben, legte auch im ersten Quartal der BIP-Deflator zu – und zwar gemäss den Feststellungen des Staatssekretariats für Wirtschaft Seco gar um 4,2 Prozent. Der Anteil der Bauwirtschaft an der gesamtschweizerischen Wertschöpfung stieg auf knapp über 10 Prozent an. Dank des prosperierenden Wohnungsbaus gewann der Hochbau weiter Marktanteile zu Gunsten des Tiefbaus.

Die schlechte Witterung war im vergangenen ersten Quartal für viele Unternehmen ein bedeutendes Hemmnis in ihrer Bautätigkeit. Für die kommenden Monate bleibt das Baugewerbe zuversichtlich, wie aus der im April durchgeführten Umfrage der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF) hervorgeht. Dabei wird kein weiterer Beschäftigungsabbau mehr erwartet, und das Baugewerbe rechnet kurzfristig mit einem Anstieg des Auftragseingangs. In dieser Beurteilung wird die KOF bezüglich das Bauhauptgewerbes vom Schweizerischen Baumeisterverband (SBV) unterstützt, der aufgrund des erhöhten Arbeitsvorrats und Auftragseinganges nicht mit einem weiteren Nachlassen der Bautätigkeit rechnet. In den nächsten Monaten erwarten sowohl das Bauhaupt als auch das Ausbaugewerbe eine höhere Nachfrage. An der Preisfront stellt die KOF eine langsame Beruhigung fest, wohingegen das Bauhauptgewerbe nach Ansicht des SBV mit konstant steigenden Kosten konfrontiert ist, die kaum auf die Preise abgewälzt werden können.

Planung und Projektierung

Im Projektierungssektor weisen besonders die mittleren und die grossen Planungsbüros auf eine verbesserte Geschäftslage hin. Gemäss der von der KOF im Auftrag des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins (SIA) durchgeführten Erhebung äussert sich eine Mehrheit zufrieden mit der Beschäftigungslage. Der Auftragsbestand im Projektierungssektor ist insgesamt stabil geblieben, die Bausumme der bearbeiteten Projekte hat aber gesamthaft abgenommen. Dies

wird insbesondere in den Sparten Wirtschafts- und öffentlicher Bau verzeichnet. Im Wohnbau ist die Bausumme der in grösseren Büros in Arbeit befindlichen Projekte leicht gestiegen.

In den **Architekturbüros** wird die Lage auch im ersten Quartal 2005 optimistisch eingeschätzt, nachdem die Beurteilung bereits seit dreiviertel Jahren relativ positiv ist. Die von den Architekten erbrachten Leistungen stiegen weiter; und auch der Auftragsbestand erhöhte sich kontinuierlich, heisst es in der KOF-Beurteilung. Trotz Steigerung bei den Wohnbauprojekten dank der erhöhten Nachfrage ist die Abnahme bei den geplanten Wirtschafts- und bei den öffentlichen Bauten derart gross, dass sie durch die Zunahme im Wohnbau nicht mehr wettgemacht werden konnte. Die Erwartungen für die künftigen Geschäftsaussichten der Architekturbüros sind nach wie vor positiv, und es wird mit einer Stabilisierung der Honoraransätze gerechnet.

Die **Ingenieurbüros** stufen die Geschäftslage mehrheitlich als gut oder befriedigend ein. Die von der öffentlichen Hand stärker abhängigen Bauingenieure verzeichneten im ersten Quartal eine deutliche Zunahme der erbrachten Leistungen. Die Bausumme der bearbeiteten Projekte nahm aber in dieser Sparte ab, am deutlichsten im öffentlichen Bau. Insgesamt haben sich laut KOF der Auftragsbestand vermindert und die Auftragsaussichten verschlechtert, sodass bei einem sinkenden Arbeitsvolumen ein weiterer Druck auf die Preise befürchtet wird. Ähnlich geht es den Haus- und Gebäudetechnik-Ingenieuren, welche sogar Personalabmassnahmen vorsehen.

Bauhauptgewerbe

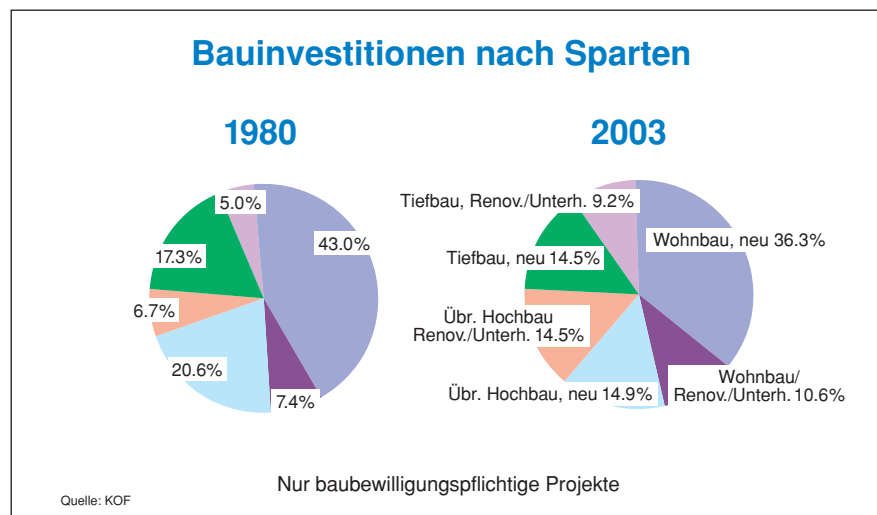
Als Folge der schlechten Witterungsverhältnisse des vergangenen Winters hat sich die

gesamte Investitionstätigkeit im Bauhauptgewerbe im ersten Quartal 2005 im Vergleich zum Vorjahr um nominell 4,7 Prozent abgeschwächt. Zwar war im Hochbau noch ein Plus von 1,2 Prozent zu verzeichnen, doch trat im Tiefbau eine Abnahme um 12 Prozent ein. Diese Entwicklung wurde nach Angaben des SBV durch den schneereichen Winter und ein relativ hohes Ausgangsniveau noch verstärkt. Dabei sind auch markante regionale Unterschiede festzustellen: Während im Hochbau insbesondere die Kantone Zürich, Basel-Stadt, Schaffhausen, Genf, Wallis und Waadt ausserordentliche Zuwächse verzeichneten, weisen Bern, Luzern, Freiburg und Graubünden überdurchschnittliche Abnahmen auf.

Dank der stabilen Auftragseingänge lag die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe Ende März 2005 nur wenig unter denjenigen des Stichtags im Vorjahr. Die Zahl der Lehrlinge nahm um respektable 6,2 Prozent zu und erreichte mit total 4200 erstmals wieder das Niveau von 1999.

Im Bauhauptgewerbe stammen die positiven Impulse weiterhin vom privaten Wohnungsbau. Der Arbeitsvorrat erreichte knapp 11 Milliarden Franken, was einer Zunahme im Vergleich zum Vorquartal von gegen 3 Prozent entspricht. Dabei brillierte der Wohnungsbau mit einem Plus von 18 Prozent. Eher trübe Aussichten herrschen im Tiefbau, wobei der Investitionsrückgang vom SBV vor allem mit der Zurückhaltung der öffentlichen Hand bezüglich der Finanzierung von Infrastrukturprojekten begründet wird.

Die Umsatzzahlen der **Bauindustriefirmen** haben sich im Gleichschritt mit dem schweizerischen Baumarkt entwickelt und sind auf 3,4 Mrd. Fr. angestiegen. Da der Personalbestand der zehn in der SBI-Gruppe der Schweizerischen Bauindustrie zusammengeschlossenen Firmen unverän-



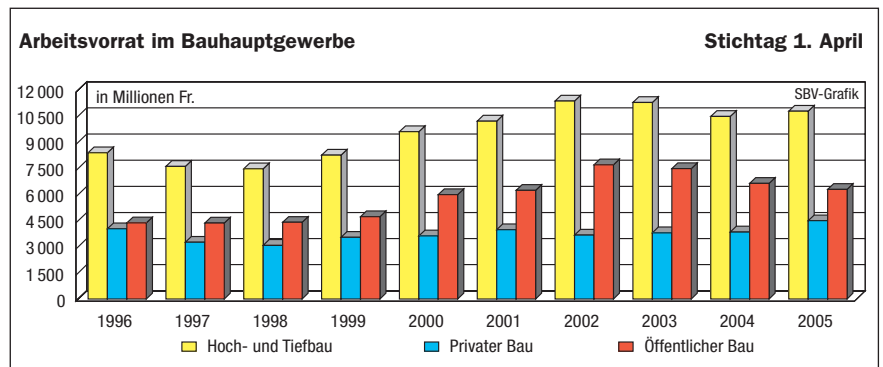
dert blieb, kann von einer markanten Steigerung der Arbeitsproduktivität gesprochen werden. Bei «unverändert» bis «abnehmend» angegebenem Preisniveau wird von den Bauindustriefirmen auf die sich markant geöffnete Schere zwischen steigenden Kosten und weiter wachsendem Preisdruck hingewiesen.

Die **Generalunternehmer** konnten nach zwei Jahren stagnierender bzw. leicht abnehmender Umsätze ihr Geschäftsvolumen 2004 respektabel steigern. Die werkvertraglich erbrachten Gesamtleistungen der 22 im Verband Schweizerischen Generalunternehmer (VSGU) zusammengeschlossenen Anbieter von Totalunternehmer-Dienstleistungen erhöhten sich 2004 um knapp 7 Prozent auf 4,8 Mrd. Fr. Dieses Ergebnis wird nicht zuletzt mit dem prosperierenden Wohnungsbau begründet. Der seit einigen Jahren festzustellende Trend stagnierender bzw. sogar rückläufiger Anteile an Umbauten und Renovierungen konnte 2004 aufgehalten und sogar ins Positive gelenkt werden. Das lässt in diesem Bereich für die Gesamtleistungserbringer noch ein erhebliches Potenzial erwarten.

Ausbau und Gebäudehülle

Die Produktion im **Ausbaugewerbe** ist im ersten Quartal dieses Jahres gesamthaft weiter angestiegen. Dabei nimmt der Anteil der Renovations- und Unterhaltsarbeiten seit einem Jahr geringfügig ab, bei den Elektro-Installateuren sogar stark. Wie die KOF weiter feststellt, verbesserte sich der Auftragsbestand nur leicht, die Sanitär-Installateure beklagten jedoch eine Verschlechterung.

Die Geschäftslage wird im Allgemeinen positiv beurteilt, je nach Sparte aber auch als befriedigend eingeschätzt. Sehr positiv äussern sich die Firmen für Heizungs-, Lüftungs-



und Klima-Installationen (HLK) und des übrigen Ausbaugewerbes, während die Sanitär-Installateure laut KOF zurückhaltend sind. Diese Sparte sieht aufgrund der erwarteten Beschäftigungslage Personalreduktionsmassnahmen als notwendig an. Auf mittlere Frist erwartet das Ausbaugewerbe eine höhere Nachfrage.

Produktion und Handel

Die **Zementindustrie** sieht sich nach einer markanten Zunahme der Inlandlieferungen 2004 im laufenden Jahr mit einem Minderabsatz konfrontiert. Grosse Infrastrukturprojekte der öffentlichen Hand und der verstärkte private Wohnungsbau führten in letzter Zeit zu höheren Absatzvolumen. Auf dem Baustoffmarkt erodieren die Preise, denn die Nachfrage ist mehr oder weniger konstant, und es ist ein Preiskampf im Gange.

Der **Baumaschinenhandel** kann von vermehrten Investitionen in Baubetriebsinventar profitieren. Die Anschaffungswerte für Maschinen und Geräte haben sich in den Bauindustriefirmen deutlich erhöht, wobei das Rationalisierungs- und nicht das Erweiterungsmoment im Vordergrund stehen.

Fazit und Ausblick

Die Konjunkturtendenzen für den Sommer 2005 zeigen nach einer verhaltenen Entwicklung im ersten Halbjahr eine Wachstumsbelebung. Aufgrund der Frühindikatoren zeichnen sich nach Prognosen des Seco erste Anzeichen einer gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung ab. Dementsprechend erwarten sowohl das Baugewerbe wie auch das Ausbaugewerbe kurzfristig einen Anstieg des Auftragseingangs. Dank der stabilen Auftragseingänge wird es im Bauhauptgewerbe in den nächsten Quartalen zu keinem nennenswerten Beschäftigungsdruck kommen. Laut SBV weisen die relative Zunahme der Bauvorhaben im Hoch- und Tiefbau der nächsten drei Monate und der Zuwachs der Auftragseingänge darauf hin, dass die Bautätigkeit nächstes Quartal höher als im Vergleich zum Vorjahresquartal ausfallen wird. Auch hier stammen die positiven Impulse grösstenteils vom privaten Wohnungsbau. Bei den Generalunternehmern deutet der Anstieg des Auftragsbestandes per Ende letzten Jahres darauf hin, dass 2005 mit einem erfreulichen Resultat gerechnet werden darf.

Signifikante Zunahme der Bauausgaben

Die Bauausgaben in der Schweiz konnten im vergangenen Jahr um markante 5,6 Prozent auf 47,1 Mrd. Fr. gesteigert werden. Bei einem abgeschwächten gesamtwirtschaftlichen Wachstum hat sich damit die Bauindustrie als Stütze der Konjunktur erwiesen. Dies ganz im Gegensatz zu den in verschiedenen Wirtschaftsprognosen gemachten Einschätzungen. Auch für das laufende Jahr ist eine weitere dynamische Zunahme der Bauausgaben zu erwarten.

Die Erhöhung der Bauausgaben (Bauinvestitionen plus öffentliche Unterhaltsarbeiten) betrug nominal 2,5 Mrd. Fr. gegenüber 2003, wie aus den provisorischen Resultaten der jährlichen Erhebung des

Bundesamts für Statistik (BFS) für 2004 hervorgeht. Unter Berücksichtigung einer provisorisch auf 1,6 Prozent geschätzten Bauteuerung betrug der reale Anstieg der Bauausgaben noch 3,9 Prozent. Von der 2004 realisierten signifikanten Zunahme der Investitionen in Neu- und Umbauten um 5,7 Prozent auf insgesamt 43,4 Milliarden Franken, betreffen zwei Drittel Neubauinvestitionen (29 Milliarden Franken; +7,6%). Mit dem restlichen Drittel wurden Umbauprojekte realisiert (14,4 Milliarden Franken; +2,1%).

Deutliche Expansion im Hochbau

Die Investitionen in den Hochbau erhöhten sich im Jahr 2004 um signifikante 6,8 Pro-

zent auf 34,6 Mrd. Fr. (ohne öffentliche Unterhaltsarbeiten). Getragen wurde dieser Anstieg hauptsächlich von den privaten Auftraggebern, welche 29,6 Milliarden Franken zu diesem Resultat beisteuerten (+7,5% gegenüber 2003). Zwei Drittel dieser Privatinvestitionen wurden, begünstigt von historisch niedrigen Hypothekenzinssätzen, für die Erstellung von Wohngebäuden verwendet.

Das Investitionsvolumen in den Tiefbau erhöhte sich im Jahr 2004 um 1,4 Prozent auf 8,9 Milliarden Franken (ohne öffentliche Unterhaltsarbeiten). Das BFS spricht von einer Fortsetzung der positiven Entwicklung im Tiefbausektor im laufenden Jahr.

Laufende bauwirtschaftliche Kennziffern

Baukonjunktur- Barometer	Auftragsbestand ¹					Beschäftigte ²				
	Veränderung in % zum Vorjahresstand					Veränderung in % zum Vorjahresstand				
	1.4. 2004	1.7. 2004	1.10. 2004	1.1. 2005	1.4. 2005	1.4. 2004	1.7. 2004	1.10. 2004	1.1. 2005	1.4. 2005
Planung										
Insgesamt (SIA)	- 5	- 5	- 3	- 4	- 6	- 2	- 6	± 0	± 0	± 0
– Architekturbüros	- 3	- 3	- 2	- 2	- 1	- 2	- 8	± 0	- 2	- 3
– Ingenieurbüros	- 8	- 7	- 5	- 4	- 4	- 1	- 4	3	3	1
Bauhauptgewerbe										
Insgesamt (SBV)	- 7	- 2	- 5	- 2	3	± 0	- 1	1	2	- 1
– Hochbau	3	9	20	22	18	Schweizer				
Wohnungsbau	5	15	18	20	22	1	2	2	3	1
Übriger Hochbau (insb. Wirtschaftsbau)	-12	-12	15	29	14	Ausländer				
– Tiefbau	-12	- 7	-16	-14	- 6	- 2	- 2	± 0	2	- 3
– Öffentlicher Bau	-11	- 6	-14	-13	- 5	davon Kurzaufenthalter				
– Privater Bau	1	7	15	22	17	- 8	-10	- 6	- 5	- 5
Ausbau und Gebäudehülle										
Spengler- und Installations- gewerbe (suissetec)	- 7	-10	- 6	- 4	- 3	- 1	1	1	2	3
Elektroinstallationsgewerbe (VSEI)	- 2	7	3	3	- 3	- 1	- 2	± 0	- 1	- 3
Schreiner- und Tischlergewerbe (VSSM)	6	- 4	- 1	10	- 3	- 1	± 0	2	2	± 0
Metallbaugewerbe (SMU)	-10	- 4	3	1	- 3	- 1	± 0	1	2	1
Maler- und Gipsergewerbe (SMGV)	- 8	± 0	5	7	- 3	- 6	- 4	- 2	± 0	3
Produktion und Handel										
Baummaschinenfabrikation und -handel (VSBM)	12	5	26	36	- 3	- 4	- 4	- 4	- 4	- 4
(cemsuiss), Verband der Schweiz. Cementindustrie	Inlandlieferungen und prozentuale Abweichung vom Vorjahresquartal									
Lieferungen in Tonnen	1. Quartal 2004	2. Quartal 2004	3. Quartal 2004	4. Quartal 2004	1. Quartal 2005					
Veränderung in % zum Vorjahresquartal	772'147	1'122'118	1'102'101	958'451	767'345					
	+6,9	+8,3	+9,2	+2,8	+1,0	bauenschweiz				

Entwicklung Baupreisindex Gesamtschweiz				
Hauptergebnisse Oktober 2004 Basis Oktober 1998 = 100	Gewichtung in %	Indexstand Oktober 04	Veränderung in % gegenüber	
			April 04	Oktober 03
Baugewerbe Total	100	110,5	2,0	2,4
Hochbau	76	108,6	1,8	1,7
Neubau Bürogebäude	11	110,6	1,5	1,4
Neubau Mehrfamilienhäuser	38	108,2	2,2	2,1
Neubau Mehrfamilienhäuser aus Holz ¹⁾	–	101,5	1,6	1,4
Renovation Mehrfamilien- häuser	27	108,4	1,3	1,3
Tiefbau ²⁾	24	116,3	2,6	4,6
Neubau Strassen	12	113,5	1,5	2,7
Neubau Unterführungen ³⁾	12	103,2	3,7	6,6

¹⁾ Basis April 2003 = 100 (Dieses Objekt gelangt nicht in die Hochrechnung des «Hochbau».)
²⁾ Für die Aggregation wurde der Teilindex «Neubau von Unterführungen aus Stahlbeton» auf Oktober 1998 umbasiert.
³⁾ Basis April 2001 = 100.

Quelle: BFS

¹⁾ Basis: Nominelle Werte in Franken

²⁾ Beschäftigte in Planung, Ausbaugewerbe sowie Produktion und Handel gemäss Erhebungen des Bundesamtes für Statistik (BFS).

³⁾ Werte bei Redaktionsschluss noch nicht verfügbar

⁴⁾ Zahlen werden nicht mehr erfasst

Herausgeber: Geschäftsstelle bauenschweiz
Weinbergstrasse 55, 8035 Zürich
Tel. 043 268 30 40
Fax 043 268 30 44
www.bauenschweiz.ch
info@bauenschweiz.ch

Präsident: Robert Keller, Pfäffikon ZH

Geschäftsführer: Charles Buser

Redaktion
und Fotos: Curt Mayer

Grafische
Gestaltung: sihldruck, Druckerei a/d Sihl AG, Zürich
Erscheint vierteljährlich. Nachdruck mit Quellenangabe
erwünscht. Belegexemplar erbeten.